

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Federführender Fachbereich Jugend und Soziales	Drucksachen-Nr. 116/2009
Mitteilungsvorlage	<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich
	<input type="checkbox"/> Nichtöffentlich
für die Sitzung des ▼	Sitzungsdatum
Hauptausschuss	02.04.2009

Tagesordnungspunkt

Bericht aus dem Integrationsbeirat

Inhalt der Mitteilung:

@->

Die Sitzung des Integrationsbeirates fand am 10.02.2009 in der Gemeinschaftsgrundschule Gronau statt.

Mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtrat

Der Integrationsbeirat fasste in seiner Sitzung am 03.09.2008 folgenden Beschluss:

„Der Integrationsbeirat appelliert an die im Rat der Stadt vertretenen Parteien, bei der Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund, die das Vertrauen der Migrantinnen und Migranten genießen, zu berücksichtigen.

Gleichzeitig fordert der Integrationsbeirat die Menschen mit Migrationshintergrund, die bereits über das kommunale Wahlrecht verfügen, auf, sich an den Kommunalwahlen 2009 zu beteiligen.“

Hierzu wurde in der Sitzung des Integrationsbeirates am 10.02. angemerkt, die bloße Kenntnisnahme des Appells durch den Hauptausschuss in dessen Sitzung am 16.09.2008 sei zu wenig und habe – wie aus den inzwischen erfolgten Kandidatenaufstellungen ersichtlich sei – auch keinerlei Auswirkungen im Sinne des Antrags des Integrationsbeirates gehabt. Es wurde angeregt, alle Migrantinnen und Migranten, und zwar nicht nur diejenigen, die Wahlrecht besitzen, zu ermuntern, in die politischen Parteien einzutreten. Auch dies sei ein aktiver Beitrag zu politischer Partizipation. Den Migrantenvereinen soll verdeutlicht werden, dass Migrantinnen und Migranten auf diese Weise Einfluss auf die Politik nehmen können.

Informationen über die Gemeinschaftsgrundschule Gronau

Die Sitzung des Integrationsbeirates fand in der Gemeinschaftsgrundschule Gronau statt. Die Schulleiterin, Frau Kaiser, berichtete, ihre Schule liege in einem Stadtteil mit hohem Migrantenanteil. Die Anzahl der Kinder mit ausländischem Pass sei zwar mit 9 türkischen, 7 griechischen und weiteren einzelnen Schülerinnen und Schülern aus verschiedenen Nationen gering, sie schätze den Migrationsanteil unter den insgesamt 180 Kindern jedoch auf 65%.

Hauptproblem bei Kindern mit Migrationsgeschichte seien mangelhafte Sprachkenntnisse, daher liege der Schwerpunkt der frühen Förderung in der 1. und 2. Klasse bei Leseförderung, dem Erschließen deutscher Texte, teilweise in Form von Intensivhilfe mit Begleitung durch Lehrpersonal.

125 Schülerinnen und Schüler besuchen die Offene Ganztagschule, dort werde u. a. Hausaufgabenhilfe durchgeführt, es gebe aber auch Bewegungsangebote, Angebote im musischen und künstlerischen Bereich und freies Spielen. Der Schwerpunkt Bewegung sei zurzeit eingeschränkt, da eine neue Turnhalle eingerichtet werde, es gebe jedoch Ersatzmöglichkeiten.

Frau Kaiser berichtete weiter, sie schätze, etwa ein Drittel ihrer Schülerinnen und Schüler erhalte Empfehlungen für das Gymnasium, ein weiteres Drittel für die Hauptschule. Sie hoffe, dass die Förderung von Sprachkompetenz für Dreijährige, analog des Sprachtests Delfin 4, durch die Unterstützung des Netzwerkes Gronau/Hand und der umliegenden Kindertagesstätten fortgesetzt werden kann. Frau Kaiser erhofft sich dadurch bessere Schulkarrieren für die Migrantenkinder. Zur Unterstützung werde eine sozialpädagogische Fachkraft mit polnischem Migrationshintergrund beschäftigt.

Veranstaltungs- und Finanzplan

Hierzu gibt es einen besonderen Tagesordnungspunkt.

Neuwahl des Integrationsbeirates 2009

Die Mitglieder des Integrationsbeirates wurden über Gespräche mit Vertretern der Moscheegemeinde (Bergischer Verein zur Bildung und Integration) und dem Verband Islamischer Kulturzentren (VIKZ) informiert. Seitens der Moschee-Gemeinde wurde Interesse an einer Kandidatur auf einer gemeinsamen Liste des Integrationsbeirates bekundet, Kandidaten sind dem Integrationsbeirat jedoch noch nicht benannt worden.

Nach Gesprächen des Vorstands des Integrationsbeirates mit mehreren Migrantenvereinen sind von diesen ebenfalls Kandidaturen bekannt gegeben worden. Für alle Interessierten ist ein gemeinsames Informationsgespräch bzw. Seminar geplant. Dies ist jedoch erst dann sinnvoll, wenn die Rahmenbedingungen für den neuen Beirat feststehen. Das ist z. Z. noch nicht der Fall.

Herr Farber teilte mit, er selbst beabsichtige zwar, wieder für den Integrationsbeirat zu kandidieren, jedoch nicht als Vorsitzender. Er appellierte an den Bürgermeister, rechtzeitig die Stelle der Geschäftsführung des Beirates wieder zu besetzen, da der jetzige Geschäftsführer ab Oktober nicht mehr im aktiven Dienst der Stadt Bergisch Gladbach sei. Eine Geschäftsführung sei jedoch für die Arbeit des Integrationsbeirates unverzichtbar. In diesem Zusammenhang wurde an § 27 Abs. 11 der Gemeindeordnung erinnert, wonach dem Beirat die zur Erledigung seiner Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen sind.

Integrationskonzept für Zuwanderinnen und Zuwanderer

Der Integrationsbeirat beschäftigte sich in mehreren Tagesordnungspunkten mit dem Integrationskonzept.

1. Berücksichtigung wesentlicher Punkte aus dem Nationalen Integrationsplan im Integrationskonzept der Stadt Bergisch Gladbach für Zuwanderinnen und Zuwanderer

Es wurde darüber informiert, dass im vergangenen Jahr der Nationale Integrationsplan verabschiedet worden sei, in dem Politik, Institutionen und Nichtregierungsorganisationen sich darauf verständigten, das Politikfeld der Migration und Integration abzustimmen und gemeinsam zu verantworten. Die Beteiligten hätten sich dazu verpflichtet, eigene Beiträge in ihren Zuständigkeitsbereichen zu leisten. Auch die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände habe stellvertretend für die Kommunen Selbstverpflichtungen formuliert.

Damit diese Selbstverpflichtungen auch Realität werden können, müssen sie aufgegriffen und nach der jeweiligen örtlichen Situation umgesetzt werden.

Da der bisherige Konzeptentwurf diese Aussagen nach Auffassung des Integrationsbeirates noch nicht deutlich genug erkennen lässt, wurde den am laufenden Prozess der Entwicklung eines Integrationskonzeptes Beteiligten empfohlen, die für die Stadt Bergisch Gladbach relevanten wesentlichen Punkte aus dem Nationalen Integrationsplan, die unter 1. bis 10. in der Vorlage formuliert wurden, zu berücksichtigen.

2. Stellungnahme des Integrationsbeirates zu den Leitgedanken des Integrationskonzeptes „Was verstehen wir unter Integration“

Über die Diskussionen des Papiers in mehreren Sitzungen der Lenkungsgruppe und im Sozialausschuss wurde informiert. Insbesondere unter dem Eindruck des diesjährigen Holocaust-Gedenktages hielten Mitglieder des Integrationsbeirates den Fortfall des Bezugs auf das Lernen aus der Geschichte für falsch.

Der Integrationsbeirat empfiehlt den am laufenden Prozess der Entwicklung eines Integrationskonzeptes Beteiligten zwei Ergänzungen bei den Zielen, die mit dem Integrationskonzept erreicht werden sollen und die u. a. dem Lernen aus der Geschichte Rechnung tragen.

Die beiden Empfehlungen des Integrationsbeirates werden der Lenkungsgruppe des Integrationskonzeptes vorgetragen.

3. Organisation eines flächendeckenden Angebots zur Lernbegleitung und Lernunterstützung für Schülerinnen und Schüler (vorrangig in der Primarstufe)

Es wurde berichtet, dass sich der Arbeitskreis Sprache und Bildung im Rahmen der Beratungen zu dem Integrationskonzept mit einem Projekt zur individuellen Lernförderung und Lernbegleitung für Schülerinnen und Schüler, vorrangig der Primarstufe, als ein Baustein der Sprach- und Bildungsförderung befasst hat. Grundlage für die Initiative waren positive Erfahrungen, die der Integrationsbeirat über zweieinhalb Jahre an drei Schulen und beim Bildungs- und Kulturverein hat sammeln können. Beabsichtigte ähnliche Maßnahmen des Integrationskonzeptes erschienen dem Integrationsbeirat zurzeit noch zu unkonkret, zumal der Termin für eine mögliche Beschlussfassung in diesem Rahmen durch den Rat und die Umsetzung durch die Verwaltung noch nicht feststehen.

Der Integrationsbeirat ist jedoch der Auffassung, dass unverzüglich mit der Verbesserung der Sprachkompetenz der Schülerinnen und Schüler der Primarstufe begonnen werden muss. Man habe viel zu lange auf eine Selbstregulierung gehofft, mit dem Ergebnis, dass sich die Probleme von Migrantenkinder in der dritten Generation noch verschärft haben.

Mit einer flächendeckenden Lernbegleitung und Lernunterstützung im Vorgriff auf das Integrationskonzept soll allerdings noch nicht begonnen werden. Die Maßnahme wurde jedoch als so wichtig angesehen, dass der Integrationsbeirat sie auch dann beginnen würde, wenn sie im Integrationskonzept keine Berücksichtigung finde.

Das Angebot zur Lernbegleitung und Lernunterstützung soll daher als Pilotprojekt an der Gemeinschaftsgrundschule Gronau unter Beteiligung der Gronauer Kindertagesstätten, der RAA und des Netzwerkes Gronau/Hand durchgeführt werden. Die Vorbereitung und Durchführung liegt bei einer Bildungskoooperation, die aus dem Integrationsbeirat, der AWO als Träger der Offenen Ganztagschule Gronau, der Gemeinschaftsgrundschule Gronau und der VHS besteht. Als Impuls für das Integrationskonzept soll während des dortigen Prozesses über die Maßnahme berichtet werden.

Unabhängig von dem Pilotprojekt in Gronau empfiehlt der Integrationsbeirat den am laufenden Prozess der Entwicklung eines Integrationskonzeptes Beteiligten, die Organisation eines flächendeckenden Angebotes zur Lernbegleitung und Lernunterstützung für Schülerinnen und Schüler, vorrangig der Primarstufe, als Maßnahme in das Integrationskonzept aufzunehmen und die Maßnahme zeitnah umzusetzen.

4. Einrichtung einer Clearingstelle für Migrantinnen und Migranten

Im Rahmen der Beratungen zu dem Integrationskonzept hat sich der Arbeitskreis Sprache und Bildung mit der Intensivierung der Netzwerkarbeit in Bergisch Gladbach befasst. Zwar existieren in verschiedenen Bereichen durchaus gut funktionierende Strukturen, es wird jedoch die Auffassung vertreten, die Arbeit sei weitgehend von der Initiative Einzelner abhängig. Daher wurde in Erwägung gezogen, eine Clearingstelle für Migrantinnen und Migranten als Baustein einer verbesserten Integrationsarbeit vor Ort einzurichten. Diese sollte auch die Aufgabe haben, neu zugezogenen Migrantinnen und Migranten Orientierungen beim Auffinden geeigneter Hilfseinrichtungen zu geben.

Es wurde vorgeschlagen, ein Büro einzurichten, das sowohl die Netzwerkarbeit im Migrationsbereich unterstützt wie auch bei der Erstaufnahme von Migrantinnen und Migranten behilflich ist, indem Hilfesuchende an alle geeigneten Stellen weitergeleitet werden. Das Büro sollte bei der Volkshochschule angesiedelt sein, da diese als größter Anbieter von Integrations Sprachkursen vor Ort und einziges Zentrum für Einbürgerungsprüfungen in Bergisch Gladbach bereits eine zentrale Rolle im Integrationsprozess von Erwachsenen in Bergisch Gladbach einnimmt. Außerdem kann die VHS auf trägerübergreifende Erfahrungen, z. B. durch das Projekt Ost-West-Integration, zurückgreifen. Konkurrenz mit ortsansässigen Trägern wurde zunächst nicht gesehen, weil nicht die Durchführung der Beratung, sondern die Schaffung einer zentralen Anlaufstelle zur Weiterleitung an die Anbieter auf dem Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach beabsichtigt sei.

Für die konkrete Unterstützung des Antrages bestand noch erheblicher Beratungsbedarf, daher wurde eine Entscheidung über den Antrag vertagt. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Integrationsbeirat, VHS, RAA und Trägern, wird einen modifizierten Vorschlag unterbreiten.